

## Die gescheiterte Verlobung

Autor(en): Barbara Saladin  
Quelle: Basler Stadtbuch  
Jahr: 2014

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/0ecc520d-5d93-4dd3-aa00-9a7438269a6b>

### Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform [www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

### Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>



dann wurde das Geschäft wegen des Zweiten Weltkriegs aufgeschoben, bis der Ständerat 1947 und der Nationalrat 1948 eine entsprechende Verfassungsänderung ablehnten. Und der letzte Abstimmungskampf von 1969 ist – zumindest auf dem Land – noch in lebhafter Erinnerung der alten Generation. Dann kam das Jahr 2014. Das Volksbegehren, das im Frühjahr 2013 gleichzeitig in Basel und Liestal eingereicht worden war, hiess offiziell «für die Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft», kurz Fusionsinitiative. Das Komitee «ein Basel» forderte darin die Einsetzung eines Verfassungsrats, der die Möglichkeit einer Fusion prüfen sollte. Würden bei einer weiteren Volksabstimmung wiederum beide Halbkantone Ja sagen, käme es zur Wiedervereinigung.

Beide Kantonsparlamente verhandelten im Frühsommer 2014 mit der Initiative einen von den vorberatenden Kommissionen ausgearbeiteten Gegenvorschlag, der auch die Zusammensetzung des geplanten Verfassungsrates verändern wollte: Laut Initiative hätte der einzusetzende Verfassungsrat je zur Hälfte aus Vertretern von Stadt und Land bestanden, gemäss Gegenvorschlag war die Zusammensetzung nach Bevölkerungszahl aufgeteilt. In der Folge zogen die Initianten ihre Initiative zurück und nur der Gegenvorschlag kam zur Abstimmung. Während der Basler Grosse Rat die Ja-Empfehlung beschloss, stiess das Vorhaben im Baselbieter Landrat auf weniger Gegenliebe. In beiden Organen fand man zu keiner Einigung, weder im Landrat noch im Regierungsrat. Daraus resultierte im Baselbieter Abstimmungsbüchlein eine eher ungewöhnliche Formulierung für ein Nein: «Der Regierungsrat empfiehlt den Stimmberechtigten mehrheitlich ...» Der Landrat verzichtete auf eine Abstimmungsempfehlung.

Während es in der Stadt während des ganzen Abstimmungskampfs weitgehend still

blieb und auf der Strasse kaum zu erkennen war, dass überhaupt eine Entscheidung über einen Kanton Basel anstand, erhitzen sich die Gemüter auf dem Land zunehmend. Im Vergleich der Argumente von Befürwortern und Gegnern fällt allerdings auf, dass beide in gewissen Bereichen für das Gleiche zu kämpfen schienen: nämlich gegen unnötige Kosten, für einen Abbau der Bürokratie, für eine bessere Zusammenarbeit. Doch die Anliegen blieben unvereinbar, und im Landkanton kämpften beide Lager mit immer härteren emotionalen Bandagen. Verwiesen Befürworter beispielsweise mit einer Grenzkontrolle im Gebiet Bachletten auf die Absurdität einer «Grenze, wo keine mehr ist», so entzündeten Fusionsgegner vierzig Höhenfeuer. Sogar von Heugabeln, mit denen man bei einem Ja nach Basel ziehen werde, war zuweilen die Rede.

Für beide Abstimmungslager gab es auch das entsprechende Lied. Musicalsänger Florian Schneider kreierte das pathetische «Rotstabled» und sang damit in den Beizen aller 86 Baselbieter Gemeinden gegen die Fusion an – die junge Band The Ringdingbings warb mit «Es isch wie am Birschöpfli» für ein Zusammenkommen. Parteipolitisch gesehen stimmten bei den grösseren Parteien in der Stadt alle ausser BDP und SVP der Initiative zu, auf dem Land dagegen stellten sich nur SP, EVP, GLP und Grüne hinter die Fusionsprüfung. Ausser der Jungen SVP waren sämtliche Jungparteien beider Halbkantone für ein Ja. In den Wochen vor der Abstimmung machten einige Gegner auch vor Plakatzerstörungen und anonymen Drohungen an die Adresse von Fusionsbefürwortern nicht halt, was in beiden Basel dazu führte, dass viele schon vor dem Abstimmungstag des Themas überdrüssig wurden.

Das Resultat des Urnengangs: eine wuchtige Ohrfeige. Während das Ergebnis im Stadtkanton ähnlich unspektakulär ausfiel

wie die fast nicht vorhandene städtische Fusionsdebatte – 54,9 Prozent Ja –, lehnten sämtliche 86 Baselbieter Gemeinden die Vorlage ab, 36 davon mit Nein-Mehrheiten von über achtzig Prozent. Dabei war nicht das Endresultat (sozusagen das Nein an sich) unerwartet, sondern dessen Deutlichkeit von 68,33 Prozent sowie die flächendeckende Ablehnung. Auch Gemeinden wie Allschwil, Muttenz oder Münchenstein, die längst mit der Stadt zusammengewachsen sind, wollen ohne Ausnahme die Kantonsgrenze beibehalten. Unvermutet einheitlich hat der Kanton Basel-Landschaft seine Meinung bekundet, der befürchtete Graben zwischen Agglomerationsgemeinden und ländlichen Regionen blieb aus, ebenso die Animositäten zwischen «Speckgürtel» und «Pampa». Dennoch ist ein Anwachsen der Ablehnung mit zunehmender geographischer Distanz zu Basel durchaus augenscheinlich. Den Nein-Stimmen-Rekord hielt Liedertswil mit 95,7 Prozent (4 Ja-Stimmen verschwanden hinter 90 Nein). Binningen zeigte mit 44,1 Prozent Zustimmung noch das Basel-freundlichste Resultat. Insgesamt legten über den ganzen fiktiven Kanton Basel hinweg satte sechzig Prozent ein Nein in die Urne.

Am Abstimmungssonntag gingen die Emotionen einzig auf dem Land hoch: Fusionsgegner stellten sich, als das Resultat bekannt wurde, mit Baselbieterfahnen im Regierungsgebäude auf und sangen das Baselbieter Lied. Auch der Basler Regierungspräsident Guy Morin äusserte in einer ersten Stellungnahme die Ansicht, das eher knappe Resultat sei wohl mit auf die Auswirkungen der Baselbieter Nein-Kampagne in der Stadt zurückzuführen: «Viele fragten sich, weshalb wir um das Land werben sollen, wenn die dort uns gar nicht haben wollen.» Und vielleicht habe zum knappen Ergebnis beigetragen, dass der geplante Verfassungsrat nicht zu gleichen Teilen aus Vertretern von Stadt und Land zusammengesetzt wor-

den wäre. Bei der letzten Fusionsabstimmung im Jahr 1969 hatte es noch anders ausgesehen: Damals wollten zwei Drittel der Basler ihre Nachbarn mit offenen Armen empfangen.

Die Baselbieter Regierung wertete das Resultat als «Bekanntnis zur Eigenständigkeit» und erklärte gleichzeitig, die Zusammenarbeit intensivieren zu wollen: bei der Gesundheit, bei Bildung und Wirtschaft, beim Verkehr ... Sie betonte, das Nein sei kein Votum gegen die Stadt, sondern einzig gegen die Fusion. Erleichtert zeigte man sich darüber, dass innerhalb des Kantons keine Gräben entstanden seien. Beide Seiten beschworen nach der Abstimmung den Willen zu einer besseren Partnerschaft. Diese ist, ungeachtet der Politik, in verschiedenen Bereichen bereits seit Jahren Alltag, vom Feuerwehr- und Chorverband über den Tierschutz und die Sportschützen bis zu ACS, TCS und VCS: alles «beider Basel», ganz zu schweigen von der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW oder dem Universitäts-Kinderspital UKBB. Also doch vermehrt zusammen? Einen Kanton Nordwestschweiz – bestehend aus der Wirtschaftsregion Nordwestschweiz – würden im Baselbiet sowohl Befürworter als auch Gegner eines Grosskantons Basel schätzen, wie alle nicht müde wurden zu betonen.

Im Moment ist erst einmal die Verlobung geplatzt und eine Hochzeit wohl für viele Jahre vom Tisch. Wie Morin sagte: «Wenn die Braut sich so deutlich abwendet, dann hat der Bräutigam auch keine Freude.» Es bleibt die Frage: Kommt es zum Zerwürfnis, bleibt es beim Konkubinat oder entsteht in ein paar Jahren sogar eine Grossfamilie? Das wird die Zukunft weisen. Wie schief auch immer der Haussegen in der Politik der beiden Halbkantone hängen mag: Das Zusammenleben der Menschen dies- und jenseits der Kantonsgrenze wird sich wohl kaum ändern und freund- und partnerschaftlich bleiben.